

Hallo...

seit Anfang Februar gibt es Protestaktionen in verschiedenen Städten für Frieden und gegen eine Konfrontationspolitik gegen Russland und China. *aufstehen* ist an vielen Orten mit dabei, an denen sich Menschen für Frieden und Entspannung einsetzen. Aber noch ist viel Luft nach oben, die Zahl der Proteste muss noch größer werden, um wirklich wirksam zu sein.

Die Konfrontation gegenüber Russland und China beenden

Seit Jahresbeginn spitzt sich der Konflikt zwischen den Nato-Verbündeten auf der einen Seite sowie Russland und China auf der Gegenseite gefährlich zu. Dabei werden diese beiden Länder in einer nie da gewesenen Kampagne als Gefahr für den Weltfrieden dämonisiert – und diese Kampagne zeigt mittlerweile Wirkung: Sie lässt eine weitere Aufrüstung in den Nato-Staaten begründet erscheinen, genauso wie die Expansion dieses westlichen Verteidigungsbündnisses in den asiatisch-pazifischen Raum und die Lieferung von Waffen an die Ukraine, ungeachtet faschistischer Tendenzen dort.

Dabei sind die Nato und der Westen für den aktuellen Konflikt eindeutig mitverantwortlich. Seit Jahren finden permanent Nato-Militärmanöver an der russischen Grenze statt, Nato-Truppen stehen nur 50 Kilometer von St. Petersburg entfernt, die Rüstungsausgaben der Nato-Staaten übertreffen die russischen Verteidigungsausgaben um das Zwanzigfache. Die berechtigten Anliegen Russlands nach einer Sicherheitsgarantie, einer Absage der Nato-Osterweiterung sowie die Zusicherung, dass keine Nato-Raketen an den russischen Grenzen stationiert werden, sind von der US-Regierung, der EU-Kommission, der deutschen Bundesregierung und vom Nato-Generalsekretär brüsk zurückgewiesen worden.

Auch wenn nicht alle Nato-Mitglieder den harten Kurs der USA mitgehen, Russland wirtschaftlich und politisch zu destabilisieren, bleibt die Gefahr eines Krieges realistisch. Dass Europa von einer bewaffneten Auseinandersetzung besonders betroffen wäre, während die USA wirtschaftlich als auch sonst außen vor blieben, ist nur eine weitere Tragik in diesem Zusammenhang.

Bedauerlicherweise haben die jüngsten diplomatischen Initiativen von Bundeskanzler Scholz und des französischen Präsidenten Macron sowie der angekündigte Teilabzug russischer Truppen von der Grenze noch nicht zu einer Deeskalation geführt. Doch jeder Schritt hin zu Entspannung ist ein Schritt in die richtige Richtung, so auch der Besuch von Olaf Scholz in Moskau, selbst wenn er nicht groß war. Das müssen allerdings große Teile der Bundesregierung, allen voran die Grünen, aber auch Teile der SPD wie der alte-neue Bundespräsident, leider erst noch begreifen – moralisch verbrämte Appelle an die Gegenseite sind selten hilfreich.

Statt Konfrontation: eine neue Entspannungspolitik

Als *aufstehen* fordern wir auf der Grundlage einer neuen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) eine neue Sicherheitspolitik für Europa unter Einbeziehung Russlands. Gleichzeitig muss sofort die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gestärkt werden, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten, besonders die der europäischen, vertritt.

Um eine Entspannungspolitik möglich zu machen, fordern wir:

- keine Waffenlieferungen an die Ukraine
- die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine
- Stopp von weiteren Nato-Manövern in früheren Warschauer-Pakt-Staaten
- Pläne, neue Mittelstreckenwaffen oder Hyperschallwaffen in Europa zu stationieren, ad acta zu legen
- den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf atomare Teilhabe
- den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und den
- Verzicht auf eine Nato-Osterweiterung.

***aufstehen* fordert die Bundesregierung auf, abzurüsten statt aufzurüsten, zu deeskalieren, statt weiter Öl ins Feuer zu gießen und den Umbau der Bundeswehr zu einer reinen Verteidigungsarmee gemäß Grundgesetz. Was wir brauchen, ist eine neue Entspannungspolitik und keine Konfrontation.**

Den Vorwürfen einer angeblichen Nähe zur Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin können sich alle Friedensbewegten selbstbewusst entgegenstellen: Niemand ist gegenüber der russischen Regierung unkritisch, wenn er sich für gegenseitiges Verständnis und Entspannung einsetzt. Angesichts der historischen Erfahrungen, die die Sowjetunion mit dem vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Angriffs- und Vernichtungskrieg gemacht hat, hat Deutschland eine historische Bringschuld: Von Deutschland und von der EU darf keine Bedrohung gegen Russland ausgehen.